

18. Wahlperiode

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Missbilligung der Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters an einer Veranstaltung mit Islamisten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus missbilligt die Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters an einer Veranstaltung mit Islamisten auf dem Breitscheidplatz am 16.03.2017.

Begründung:

Seit dem verheerendem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz mit seinen zwölf Toten und zahlreichen Schwerverletzten wird von Hinterbliebenen der Opfer wie von der Berliner Bevölkerung beklagt, dass ein angemessenes Gedenken an die Opfer vonseiten des Berliner Senats ausgeblieben ist. Bei diesem Anschlag handelte es sich um den Massenmord eines Islamisten an Christen – das Ziel war ein Weihnachtsmarkt. Am 16.03.2017 haben verschiedene Veranstalter unter dem Motto „Religionen für ein weltoffenes Berlin“ zu einer sog. Friedensdemonstration auf dem Breitscheidplatz, am Ort des Massakers, aufgerufen. Darunter der Imam Mohamed Taha Sabri der Neuköllner Dar Assalam Moschee, die sich Neuköllner Begegnungsstätte nennt; sie wird vom Verfassungsschutz beobachtet, da sie einen mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung inkompatiblen Islam vertritt. In bemerkenswerter Bestätigung dieser Einschätzung vertrat Imam Sabri die Auffassung, er könne keinen islamistischen Terror erkennen; nichts von dem, was die Terroristen anrichteten, habe etwas mit dem Islam zu tun. Der tatsächliche, unstrittig islamistische Massenmord am Versammlungsort blieb im Kundgebungsaufruf passenderweise gleich ganz unerwähnt.

Weitere in gleichem Sinne problematische Veranstaltende waren das Islamische Erziehungs- und Kulturzentrum Berlin, das Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung sowie das

Teiba Kulturzentrum; sie alle stehen der islamistischen Muslimbruderschaft nahe und werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

Sowohl der Zentralrat der Juden, das American Jewish Committee Berlin als auch die Arbeitsgemeinschaft jüdischer Sozialdemokraten hatten Müller aufgefordert, nicht an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Da der Zweck der Veranstaltung offenbar darin bestand, die betreffenden islamistischen Vereine – und darüber hinaus das eindeutig auf „Tötung Ungläubiger“ ausgerichtete islamistische Gedankengut – 'weißzuwaschen', muss das Berliner Abgeordnetenhaus dem Regierenden Bürgermeister seine Missbilligung ausdrücken, hierzu Beihilfe geleistet zu haben: er hat – der Einschätzung des Verfassungsschutzes zuwider handelnd – mit seiner Teilnahme den veranstaltenden Islamisten einen publizistisch wirksamen 'Persilschein' ausgestellt – den geistig Mitverantwortlichen des Massenmords vom Breitscheidplatz.

Berlin, 22.03.2017

Pazderski Dr. Curio
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion